

# Volksblatt

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen sowie "Welt und Zeit". Es ist Publikations-Organ der gewerkschaftlichen u. sonstigen Organisationen u. em. Druckverlag. Verleger: Dr. Dietrich, Halle, Marktstraße 6. Fernsprech-Nr. 2405, 2407, 2408. Vertriebsstellen: Halle, Marktstraße 6. Einzelpreis 15 Pfennig. Inland: 2.00 Mk. Ausland: 2.50 Mk. Postamt: Halle, Marktstraße 6. Fernsprech-Nr. 2405, 2407, 2408. Postkonto: 20319 Halle.

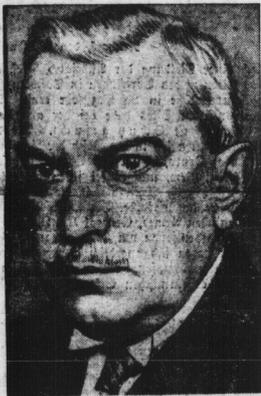
Bezugspreis monatlich 2.00 Mk. u. 0.50 Pf. Subskriptionsgebühr: insgesamt 2.50 Mk. für Arbeiter monatlich 0.50 Mk. Belegpreis 2.50 Mk. durch Postboten monatlich 2.70 Mk. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2.00 Mk. — Einzelpreis 15 Pf. im Anzeigen- und 30 Pf. im Reklameteil der Mitarbeiter. Druckerei: Dr. Dietrich, Halle, Marktstraße 6. Fernsprech-Nr. 2405, 2407, 2408. Postkonto: 20319 Halle.

### Neue Schwierigkeiten für Brüning

## Opposition der Volkspartei

### Dietrich zum Reichsfinanzminister ernannt

Wichtig wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat nach dem Vortrag des Reichskanzlers in Verhandlung mit dem Reichsminister Dietrich unter Einwirkung des Amtes des Reichswirtschaftsministers zum Reichsminister der Finanzen ernannt und den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Treubach, bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt.



Der neue Reichsfinanzminister Dr. Dietrich.

Aus dieser amtlichen Verlautbarung geht nicht hervor, welcher Art die besonderen Vollmachten sind, die die Reichsregierung von dem Reichspräsidenten erbeten und inwieweit der Reichspräsident diesen Wünschen entsprochen hat, obwohl bestimmte Vollmachten in der Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler eine Rolle gespielt haben. Diese Vollmachten laufen u. B. auf die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung hinaus und sollen wirksam werden, sobald sie herausgestellt, daß die Deckungsbedürfnisse der Regierung auf parlamentarischen Wege nicht durchzuführen sind. Mit dieser Absicht soll der Reichspräsident sich einverstanden erklären haben.

### Warum die Gemeinschaftsverhandlungen scheitern mußten

## Brutale Forderungen des Unternehmertums

### Sie wollen Lohnabbau und Verstärkung der Sozialpolitik

Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände berufenen zu den Besprechungen zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmer eine Erklärung, in der es heißt: Die Entlohnung der Wirtschaftslage, vor allem aber die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Not, macht es den in der Wirtschaft Tätigen zur Pflicht, praktische Wege zu einer Erleichterung der Lage zu suchen und zu beschreiten. Voraussetzung für eine Geländung ist eine

### Noch eine Curtius-Krise?

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei aus der Verantwortung scheint schon heute ziemlich sicher. Sie wird wahrscheinlich beim zum Ausbruch kommen, daß die Reichsfraktion der Volkspartei ihren Vertreter im Kabinett, den Reichsaussenminister Dr. Curtius, in den nächsten Tagen zum Rücktritt auffordert.

Der Reichsaussenminister hat den Deckungsplänen der Regierung zugestimmt und sich damit in Widerspruch zu der Mehrheit seiner Fraktion gesetzt. Das soll ihm den Kopf kosten. Der schwerwiegendste Flügel der Volkspartei ist entschlossen, ihm das gleiche Schicksal zuteil werden zu lassen, wie Herrn Wobbenhauer. Auch Curtius soll in die Wüste geschickt werden, weil er nicht gehalten hat, wie befohlen wurde. Schon ist der erste Sturm gegen ihn entsetzt. Eine am Donnerstag, während einer Reichstagsfraktion, abgehaltene Fraktionssitzung der Volkspartei ließ keinen Zweifel darüber, daß die Mehrheit dieser Fraktion in scharfer Opposition zu Curtius steht und seine Freunde von gestern zu seinen bittersten Feinden zu werden drohen. Die endgültige Entscheidung über die fünftägige Haltung der Volkspartei gegenüber der Regierung Brüning wurde schließlich vertagt, bis die Gegenstände des Kabinetts im Wortlaut vorliegen. Das ist am Freitag.

### Das Recht auf Arbeit

### Der Sinn der Juniwoche des Jahres 1848.

Die Februarrevolution des Jahres 1848 brachte Frankreich von der Finanz-Diktatur des Bürgerkönigs Louis Philippe. Zum erstenmal in der Geschichte forderte die Arbeiterklasse ihr Recht an der Staatsmacht und forderte einen ihrer Vertreter, den Metallarbeiter Albert, in die Regierung. Bereits am 27. Februar forderten die erregten Arbeiter durch eine Deputation das Recht auf Arbeit, welches noch keinem Höheren der Regierung unter dem Einfluß Louis Blancs gewährt wurde. Die improvisierte Verordnung lautete: „Die provisorische Regierung der französischen Republik verpflichtet sich, die Existenz des Arbeiters durch die Arbeit sicherzustellen. Sie verpflichtet sich, allen Bürgern Arbeit zu garantieren. Sie erkennt an, daß sich die Arbeiter untereinander zusammenschließen müssen, um die Früchte ihrer Arbeit zu genießen. Die provisorische Regierung gibt die nötige Million der Zehntausende den Arbeitern zurück, denen sie gehört.“

## Falsche Indienpolitik Mac Donalds

### Kritik der englischen Linksoption Aber auch Anerkennung der Leistungen der Arbeiterregierung

Der französische sozialistische Abgeordnete Bonquet legt am Freitag im „Populaire“ seine englischen Reiseberichte mit der Darstellung einer Unterredung mit Brodway, dem Führer der unabhängigen Arbeiterpartei, im Unterhaus fort. Brodway, der sich offen als der Einzige der Linksoption gegen das Kabinett Mac Donald bekennend, kann nicht umhin, der Tätigkeit der Labour Party und der Regierung sein Lob auszusprechen.

In einem Jahr Regierungszeit habe das Kabinett Mac Donald auf sozialem und außenpolitischem Gebiet mehr geleistet, als eine liberale oder konservative Regierung in fünf Jahren.

Was aber Brodway ihr besonders hoch anrechnet, ist die Verbesserung der Sozialversicherung und der Kampf gegen den Alkoholismus. Die sozialistische Heimwehr in Wien. Nicht einmal in den Tagen der Sozialdemokratie in Wien. Die Linksoption steht am selben Standpunkt, daß die Regierung der indischen Bevölkerung vor allem feierlich die

Verständnis unter Wahrung voller Gleichberechtigung geführt werden müßte. Auch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik habe die Regierung noch nicht alles getan, was möglich sei. So müsse sie noch für die Rationalisierung der Industrie sorgen, um deren Konkurrenzfähigkeit zu heben. Gleichzeitig aber müßten die Löhne erhöht werden, um die Kaufkraft der Arbeiterschaft zu stärken. Die unabhängige Arbeiterpartei, schloß Brodway, habe kein Interesse daran, das Labour-Kabinett zu stürzen. Sie wolle sich vielmehr bemühen, es noch fester nach vorwärts zu stoßen.

### Der Doyott verläßt sich.

Bombay, 26. Juni. (Fig. Draht.) Der Doyott gegen die englischen Waren nimmt immer größeren Umfang an. Die Bombay-Warenorganisationen haben ihren Mitgliedern jede Geschäftsbeziehung mit den englischen Waren unterlagert. In Delhi ist der Doyott gegen die englischen Kleiderstoffe so restlos durchgeführt, daß der Verkauf vollständig aufgehört hat. Die indischen Organisationen in Delhi rufen zu einer Doyottwoche, in der von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung gegen den Verkauf aller ausländischen Waren agitiert werden soll.

Wafel, der vor der Salzampagne zu drei Monaten Gefängnis verurteilte Privatsekretär Ganahis und Bruder des früheren Präsidenten der indischen Nationalversammlung, ist am Donnerstag freigesprochen worden.

### Wer bezahlt alle Kriegsschulden?

Der Stadtrat von Amiens hat den französischen Finanzminister beim Staatsgerichtshof auf Zahlung von 1 Million Franken verklagt. Im Budget für 1930 hat der Minister in fröhlicher Blüthe die Bestimmung aufgenommen, daß der Staat alle Kriegskosten aus dem letzten und den früheren Kriegszinsen übernehmen solle. Die Stadt hat aber noch eine alte Art aus dem Jahre 1871 zurückzugeben, die sie jetzt aus dem Finanzminister abzulösen will. Bergelisch machte dieser geltend, daß das Verlangen der Stadt Amiens ein gefährliches Präzedenzfall sei, da noch manche andere französische Stadt Kriegsschulden noch aus den spanischen Erbfolgekriegen habe. Im übrigen gab er zu, daß die kritische Budgetbestimmung als zu häufig entworfen und genehmigt worden sei.

### Arbeitslosenunterstützung mit Arbeitsweg

einzuführen. Ingesamt wendete die französische Regierung, die der unruhigen Zeiten halber sehr knapp bei Kasse war, 14 Millionen Franken für die National-Werksstätten auf. Die National-Werksstätten waren von der französischen Bourgeoisie als Reservearmee für die Republik gedacht und halb militärisch ausgegessen worden. Sie sollten den Sozialisten den Wind aus den Segeln nehmen. Tatsächlich wurden die National-Werksstätten gegen den Willen ihrer kapitalistischen Begründer zu einem Bereich des revolutionären Klassenkampfes. Sie bildeten eine Art Streikversicherung und nahmen den Unternehmern die Verfügungsgewalt über die industrielle Reservearmee. Es leuchtet ein, daß das französische Unternehmertum diesen Zustand unerträglich fand, um so mehr es selbst erst auf dem Vormarsch zu großkapitalistischer Entwicklung war.

Die in den National-Werksstätten beschäftigten Arbeiter erzielten für den Arbeitsweg zwei Franken, für den arbeitsfreien Tag einen Franken. Da sie durchschnittlich drei Tage beschäftigt wurden und drei Tage freienten, kamen sie auf eine wöchentliche Entlohnung von 1,50 Franken. Es ist also der erste Versuch der modernen bürgerlichen Gesellschaft, eine Art

Arbeitslosenunterstützung mit Arbeitsweg einzuführen. Ingesamt wendete die französische Regierung, die der unruhigen Zeiten halber sehr knapp bei Kasse war, 14 Millionen Franken für die National-Werksstätten auf. Die National-Werksstätten waren von der französischen Bourgeoisie als Reservearmee für die Republik gedacht und halb militärisch ausgegessen worden. Sie sollten den Sozialisten den Wind aus den Segeln nehmen. Tatsächlich wurden die National-Werksstätten gegen den Willen ihrer kapitalistischen Begründer zu einem Bereich des revolutionären Klassenkampfes. Sie bildeten eine Art Streikversicherung und nahmen den Unternehmern die Verfügungsgewalt über die industrielle Reservearmee. Es leuchtet ein, daß das französische Unternehmertum diesen Zustand unerträglich fand, um so mehr es selbst erst auf dem Vormarsch zu großkapitalistischer Entwicklung war. Die in den National-Werksstätten beschäftigten Arbeiter erzielten für den Arbeitsweg zwei Franken, für den arbeitsfreien Tag einen Franken. Da sie durchschnittlich drei Tage beschäftigt wurden und drei Tage freienten, kamen sie auf eine wöchentliche Entlohnung von 1,50 Franken. Es ist also der erste Versuch der modernen bürgerlichen Gesellschaft, eine Art

38  
52  
64  
78  
100  
54  
112  
127  
37  
10  
217  
64  
32  
gen.

















